Florian Hartleb

Rosige Aussichten für die Demokratie?

Tagungsbericht: Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft
Thema: 1989 und die Perspektiven der Demokratie
21./22. November 2008, Tutzing

Der Vorsitzende Eckhard Jesse (Chemnitz) betonte vor den ca. 50 Teilnehmern zum 25-jährigen Jubiläum der Gesellschaft deren beständige Absicht, Themen von zentraler Bedeutung politikwissenschaftlich zu diskutieren. Die erste Tagung von 1983 habe noch ganz im Zeichen des Ost-West-Konflikts gestanden. (Link 1984) Nun sei die große Zäsur von „1989" mit Blick auf die Perspektiven zu beleuchten. (Forndran 1992) Alle Teilbereiche des Faches sollten auf der Jahrestagung Berücksichtigung finden. Da seit Längerem ein umfassender *state-of-the-art*-Band zur Politikwissenschaft in Deutschland ausstehe (von Beyme 1986), sei ein neues Werk über den Stand der deutschen Politikwissenschaft in Vorbereitung.

Drei zentrale Fragen sollten möglichst kontrovers und facettenreich behandelt werden: Ist wirklich ein Ende des Zeitalters der Diktaturen eingetreten? Hat sich der demokratische Verfassungsstaat nach der „dritten Welle der Demokratisierung" zementiert? Kann mit Fug und Recht von einem „Ende der Ideologien" gesprochen werden?

Schon die unmittelbar vorhergehende Nachwuchstagung unter Leitung von Tom Thieme (Chemnitz) griff „1989 und die Perspektiven der Demokratie" auf. Lazaros Miliopoulos (Bonn) versuchte, sich dem Revolutionsjahr politiktheoretisch mithilfe der Ansätze von Hannah Arendt und Panajotis Kondylis anzunähern. Tom Thieme nahm die neuen Ost-West-Beziehungen vor dem Spiegel aktueller Konflikte unter die Lupe. Florian Hartleb analysierte den posttransformatorischen Euroskeptizismus in ostmitteleuropäischer Perspektive. Die Tendenz aller Beiträge lautete, dass in und außerhalb der EU neue Problemlagen zu bewältigen sind. So müsste die institutionelle Krise der EU ebenso gelöst werden wie die neuen Spannungen zwischen den USA und Russland.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Eröffnungsreferat der Haupttagung behandelte Peter Graf Kielmansegg (Mannheim/Heidelberg) das Thema „1989 – ein Datum in der Weltgeschichte der Demokratie?“ Zu Beginn sprach er darüber, wie schwer es für die Politikwissenschaft sei, prognostische Aussagen zu treffen. Dieses nebelige Land könne allein mit einem Umweg in die Geschichte der modernen Demokratie adäquat erschlossen werden. Der Weg zurück in die Demokratieentwicklung mit dem Einschnitt „1989“ gebe möglicherweise eine Antwort auf Fragen, welche die Demokratie in den letzten 200 Jahren begleitet haben. Zwei zentrale Ereignisse seien exponiert zu erörtern: die russische Oktoberrevolution von 1917 als mögliches demokratisches Experiment sowie die französische Revolution als Urrevolution bzw. als revolutionäres Laboratorium. Drei große Brennpunkte ließen sich im französischen Freiheitsstreben auf der Suche nach Demokratie herausfiltern: erstens das Wie der politischen (Institutionen-)Ordnung als Ausfluss des Prinzips der Volkssouveränität, zweitens Freiheit und Gleichheit als politische Werte jeder modernen Demokratie, drittens die Fraternitäten, bezogen auf die Art der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dahinter habe der Versuch gestanden, Frankreich als „Großathen“ zu gestalten, schwankend zwischen Repräsentation und Gewaltenteilungen. Für die Ambivalenzen im 19. Jahrhundert habe die französische Revolution eine Schlüsselbedeutung eingenommen.

Noch weniger eindeutig gestalte sich die Bewertung der russischen Revolution. Hinter der Fassade von Worten habe der Weg hin zur Autokratie, gar zum totalitären Staat, gestanden. Gleichwohl könne die Oktoberrevolution anders gedeutet werden, nicht von ihrer totalitären Frucht, sondern von ihrem zumindest theoretischen emanzipatorischen Anspruch. Es sei auch um die Frage gegangen, ob eine Demokratie möglich sei, wenn das Recht auf Eigentum als natürliches Menschenrecht nicht bestünde. In diesem Sinne ließe sich von einem Demokratieexperiment, einer neuer Lesart der Menschenrechte sprechen. Die politische Ordnung, fußend auf der Volkssouveränität, sei undeutlich geraten und schnell vom nicht wirklich praktizierten Rätegedanken in eine Parteiendiktatur umgeschlagen.

Insgesamt sei das 20. Jahrhundert nicht nur vom Gegensatz zwischen Demokratie und Totalitarismus geprägt, sondern auch von einem Demokratieschisma. Die Oktoberrevolution habe die grundlegenden Zweifel am „Wie“ der Demokratie nicht gelöst, vielmehr auf Dauer gestellt. Als Lektion für die Demokratiegeschichte bleibe der Befund, dass es trotz unterschiedlicher Varianzen keine institutionelle Alternative zur repräsentativen Demokratie und Verfasstheit gebe. Die Räteverfassung lebe nur als Mythos fort.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Frage der politischen Werte und der Gleichheit sei im 20. Jahrhundert e contrario beantwortet worden, mit der Negation von Freiheit. Das Nachdenken über die ideale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeige, dass die Demokratie eine marktwirtschaftliche Ordnung brauche. Eine offene Frage für das neue Jahrhundert hingegen sei, ob der Markt mit einer nichtdemokratischen Ordnung funktionieren könne.

Für die Politikwissenschaft ergebe sich im Verhältnis zwischen Verfassungsstaat und Demokratie eine normative und systematische Logik – und damit ein theoretisches Fundament. Normativ werde die Zustimmung zum Verfassungsvertrag nur erreicht, wenn ausreichend Schutzmaßnahmen getroffen und Beteiligungsrechte gegeben seien. Die Lektion aus der Oktoberrevolution laute, ohne Verfassungsstaat, Parteienwettbewerb und eine auf Privateigentum fußende Marktwirtschaft könne es keine Demokratie geben. Systematisch symbolisiere sich in der Politik ein beständiges Suchen nach neuen Teilnahmechancen, welche durch den Machtwettbewerb domestiziert werden. Künftige Fragen in der Demokratiediskussion könnten sich weiter um die Bewährung des Legitimationsmonopols drehen: Wie viel Diversität ist in der Demokratie möglich? Wie übersteht die Demokratie die Schwäche des Nationalstaats? Lässt sich der Modus der Demokratie jenseits kultureller Grenzen einfach übertragen?

Die anschließende Diskussion drehte sich um die Frage, ob sich der Nationalstaat im europäischen Kontext behaupten könne. Hat der liberale Verfassungsstaat im Sinne von Francis Fukuyama wirklich gesiegt? Graf Kielmansegg zog diese Ansicht in Zweifel. Er sprach die Herausforderung des Fundamentalismus an, weil dieser einen fiktiven Anspruch auf Universalität verkörpere. Eckhard Jesse kritisierte die Charakterisierung der russischen Revolution Lenins als „Demokratieexperiment“ – weniger wegen der schnöden Realität als wegen des eigenen Anspruchs („Diktatur des Proletariats“). Graf Kielmansegg hielt am „emanzipatorischen Anspruch“ des Experiments fest. Hans-Peter Schwarz (Bonn) hob die Soziologie der Demokratie als Betrachtungsebene hervor. Für die Zukunft fänden sich völlig veränderte Verhältnisse mit der Basis einer internationalen Technokratie vor. In der Vergangenheit seien auf dem Weg zur Demokratieentwicklung hingegen Schichten wie die Arbeiterschaft oder das Besitzbürgertum gewichtige Faktoren gewesen. Tenor war dann, dass die Problemlösungsfähigkeit von Demokratien zu wenig erforscht sei. Nikolaus Werz (Rostock) sah hierin eine unmittelbare Folge von 1989. Im Übrigen sei 1989 aber nicht universell bedeutsam gewesen, wie die Region Lateinamerika zeige.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jürgen Neyer (Frankfurt/Oder) erörterte das Thema „Externe Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa und die Beständigkeit der politischen Kultur“. Zu Beginn kritisierte er die gängigen Transformationsindizes wie den Bertelsmann Transformation Index (BTI), in denen Ostmitteleuropa durchweg sehr gut abschneidet. Die Daten erhellten beispielsweise nicht, wie stark sich der Faktor „EU“ in der Demokratisierung bemerkbar mache. Neyer zeigte sich unzufrieden mit den normativen wie empirischen Erklärungsmustern. Normativ sei die Rede vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Claus Offe) oder vom „aufgestauten Reformprozess“, der nicht die völlige Abkehr vom Sozialismus nach dem Umbruch erkläre. Zu viele unabhängige Variablen seien das Resultat, wenn man die Erklärung von Wolfgang Merkel, eine glückliche Verkettung von „push- und pull-Faktoren“, zu Rate ziehe.

Datenkritische Argumentationen zeichneten sich durch Formalismus, Eurozentrismus und methodologischen Etatismus aus. Die formalen Messverfahren von Demokratie wie Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaat seien notwendige, nicht hinreichende Bedingung für eine Demokratisierung. Den Transformationsindizes läge ein Eurozentrismus zugrunde mit der Annahme, alle Demokratien seien für alle Kultur- und Entwicklungsprozesse gleich. Die politische Kultur müsse kontextsensibel berücksichtigt werden, Entwicklungsniveau und Bildungsstand eingeschlossen. Zugespitzt formuliert: Afghanistan brauche eine andere institutionelle Struktur als die Schweiz. Der methodologische Etatismus sei die Folge einer individualisierten Betrachtung von Nationalstaaten, der mangelhaften Berücksichtigung der europäischen und internationalen Einflusssphäre sowie der Politik im Mehrebenensystem. Beispielsweise bestünde die Möglichkeit, „über Bande zu spielen“, etwa dass Exekutiven einen europäischen Umweg einschlagen. Im Rahmen der Europäischen Union wirkten bedeutsame Staaten wie Deutschland oder Frankreich mitunter als „rule-giver“. Wichtig sei auch ein politikfeldspezifischer Zugriff auf die Demokratie, was in den Transformationsindizes vielfach versäumt werde. Sonst entstünden politikfeldübergreifende statistische Mittelwerte ohne Aussagekraft.

Demgegenüber plädierte Neyer für eine neue Art, Demokratien zu messen. Die Forschung müsse sich endlich vom Mythos theoretisch unschuldigen Messens sowie von einem formal-institutionellen Werkzeugkasten der Demokratie verabschieden. Neyer schlug konkret eine Definition vor, indem er Demokratie als „gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess“ umschrieb. In die Indikatorenauswahl müssten Faktoren wie die Pluralität des Mediensystems oder die Qualität öffentlicher Diskussionen Eingang finden.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mit einem derartigen Konzept könnten empirische Daten besser verarbeitet werden. Bei der konkreten Anwendung zeige sich, dass es, anders als es der Bertelsmann-Index suggeriere, in Ostmitteleuropa selbst zu enormen Abstufungen komme. Nur Ungarn, Slowenien, Tschechien und Estland seien dann als konsolidierte Demokratien anzusehen. Wer die Perspektiven der Demokratie in Osteuropa behandle, müsse die Frage der post-nationalen Gemeinschaft oder der Rechtfertigung für Freiheitseinschränkungen aufwerfen.

In der Diskussion wurde eine Reduktion des Demokratiebegriffs auf Rechtfertigungsaspekte bemängelt. Gerade die Frage der „besten Messung" bot Zündstoff, insbesondere mit Blick auf die Rolle der EU. Wilhelm Hofmann (München) kritisierte die Reduktion des Demokratiebegriffs auf Rechtfertigungsmaßstäbe. Neyer betonte die massiven Probleme, die dem demokratischen Rechtsstaat durch Interdependenzen und die Globalisierung entstünden. Wilhelm Knelangen (Kiel) bemängelte die zu geringe Berücksichtigung der politischen Kultur in der gängigen Transformationsforschung. Auch Neyer bleibe bei der konkreten Umsetzung eine Antwort schuldig.

Am Samstagmorgen stand beim Referat von Wolfgang Merkel (Berlin) die Frage „Demokratie durch Krieg?" im Mittelpunkt. Merkel betonte die Aktualität dieser Thematik angesichts des „völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf den Irak", nahm zugleich aber historische Reminiszenzen auf Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden" vor. Merkels Augenmerk galt der Überlegung, ob Demokratien wirklich weniger Kriege führten als Autokratien, wie stabil von außen oktroyierte Demokratien seien und ob Kriege zu Geburtshelfern von Demokratien mutieren könnten. Letzteres lege die Entwicklung von Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg nahe. Gleichwohl habe die Behauptung eher anekdotischen Charakter; es fehle an einer breiten empirischen Bestätigung, obwohl kürzlich ein schwacher Zusammenhang zwischen einem Mehr an Kriegen und einem Mehr an Demokratien nachgewiesen worden sei.

Wolfgang Merkel zog aus der von ihm modifizierten Aussage Kants, reife Demokratien führten nicht gegeneinander Krieg, den Schluss, ein bloßes „Nur-aus-der-Macht-Drängen" diktatorischer Regime sei nicht erfolgversprechend. Für die Frage einer Intervention demokratischer Kräfte müsse von einer Pfadabhängigkeit ausgegangen werden. Regional isolierte Demokratien könnten nur äußerst begrenzt überleben. Konkret sprach Merkel den NATO-Angriff im Kosovo an, der ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates als Reaktion auf die serbische Aggression erfolgt sei. Sorgsam müsse die Norm der Nothilfe geprüft werden, da diese als Durchgriffsrecht auf die

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Legitimationsgrundlage des souveränen Staates anzusehen sei. Gerade das Kriterium der Menschenrechte erweise sich als problematische Rechtfertigungsgrundlage. So habe bei der Apartheid oder der Diskriminierung von Frauen in Saudi-Arabien eine Intervention nie zur Diskussion gestanden.

Unter moralphilosophischen Erwägungen müsse eine Güterabwägung erfolgen. Berücksichtige man diese Kategorie, offenbare sich eine geringere Zurückhaltung gegenüber humanitären Interventionen als im internationalen Recht. Unbefriedigend sei ein bloßes Verlassen auf multilaterale Lösungen in der internationalen Politik, wie die Konflikte um das ehemalige Jugoslawien gezeigt hätten. Zu wenig werde die Herausforderung, die postdiktatorische Gesellschaft zu rekonstruieren, beachtet. Mit Blick auf den Irak wäre ein rascher Abzug der Kriegskoalition gleichbedeutend mit einer Verletzung der Nachkriegspflichten. Trotz der dortigen jüngsten Erfolge sei das Land zutiefst gespalten.

In der Diskussion ergänzte Jürgen H. Wolff (Bochum), die Aussicht auf Erfolg sei bei jedweder Intervention essenziell. Carlo Masala (München) sprach die Diskrepanz zwischen normativem Anspruch und konkreter Praxis an, welche in der Debatte über die künftige Weltordnung spürbar sei. Wolfgang Merkel stellte klar, dass die Frage der besseren Wirtschaftsordnung für ihn kein ausreichendes Kriterium für Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierung sei. Es gebe auch Diktaturen mit Kapitalismus. Wichtig sei in jedem Fall eine Nachkriegsstrategie. Graf Kielmansegg stellte das Völkerrecht als höchste moralische Instanz infrage. Eine Orientierung an der Demokratie sei keinesfalls selbstverständlich.

Die abschließende Podiumsdiskussion behandelte noch einmal das zentrale Tagungsthema „1989 und die Perspektiven der Demokratie“. An ihr nahmen unter der Moderation von Nikolaus Werz Erhard Forndran (früher Magdeburg), Heinrich Oberreuter (Passau), Karl Schmitt (früher Jena) sowie Hans-Peter Schwarz (früher Bonn) teil, allesamt Gründungsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Für Erhard Forndran gibt es keine Korrelationen zwischen Globalisierung und „1989“. Generell sei die Demokratie wegen der großen Anzahl hybrider Systeme kein Exportschlager. Forndran betonte, die „friedliche Revolution“ habe in Westdeutschland wenige Implikationen gehabt. Heinrich Oberreuter konstatierte mit dem Wegfall des „real existierenden Sozialismus“ eine neue Unsicherheit über die Basis der Demokratie. In Deutschland schwinde das Vertrauen in die politischen Institutionen zusehends. Weiterhin gebe es in Ost und West zwei verschiedene politische Kulturen. Die ökonomische Hinterlassenschaft der DDR

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wirke sich gravierend aus. Oberreuter warnte vor zu viel Nostalgie, auch bei der Bewertung der friedlichen Revolution. Niemals habe es ein „golden age“ gegeben, vielmehr einen beständigen Wandel.

Karl Schmitt sah die Schwierigkeiten auf der „Softwareseite“, weniger auf der „Hardwareseite“. Der Ansehensverlust entfalte vor allem bei Regierung, Parlament und den Parteien eine drastische Wirkung. Der Organisationsgrad von Parteien „vor Ort“ habe bedrohlich abgenommen. Hans-Peter Schwarz hob hervor, der Nationalstaat selbst stehe auf dem Prüfstand. Zu wenig werde nationalpolitisch im Sinne einer „responsible government“ über die von der EU angestoßenen Entscheidungsprozesse reflektiert. Es fehle in Deutschland eine Debatte über die demokratietheoretischen Kosten des europäischen Verfassungsprozesses. Insgesamt sei für jede Art von Demokratie ein kultureller Humus notwendig. Die Übertragung der europäischen Demokratie funktioniere gerade noch auf dem Balkan, habe aber keine Chance in Georgien, der Ukraine oder global in Afrika. Wolfgang Merkel warnte in der Diskussion vor Schwarzmalerei. Zumindest die partizipatorischen Elemente seien insgesamt auf dem Rückzug.

Wie die Tagung verdeutlichte, bot das Thema facettenreiche Anknüpfungspunkte. Rosige Aussichten für die Demokratie ergeben sich wohl nur bei Zugrundelegung eines bestimmten Blickwinkels, der Überwindung des „Eisernen Vorhangs“ durch den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen. Nun steht der demokratische Nationalstaat selbst auf dem Prüfstand, wie aktuell die Finanzmarktkrise vor Augen führt. Ist er noch in der Lage, Probleme schnell und zugleich nachhaltig zu lösen?

Literatur

Beyme, Klaus von (Hrsg.), 1986: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Opladen (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft).

Forndran, Erhard (Hrsg.), 1992: Politik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Band 10).

Link, Werner (Hrsg.), 1984: Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts. Konstanten und Veränderungen, Köln u. a. (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Heft 1).

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Florian Hartleb
Institut für Politikwissenschaft
Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich
Universität Chemnitz
Thüringer Weg 9
09126 Chemnitz
E-Mail: Florian_Hartleb@web.de
Web: http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/eur/hartleb.php

Sicherheit und Risiken im 21. Jahrhundert

Sicherheit
Herausgegeben von Prof. Dr. Nikolaus Werz
2009, 126 S., brosch., 17,– €,
ISBN 978-3-8329-4303-5
(Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 26)

Ob internationaler Terrorismus, Energieversorgung oder zunehmende Forderungen nach Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Sicherheit, innere wie äußere, gehört zu den zentralen politischen Themen des frühen 21. Jahrhunderts. Der vorliegende Band untersucht hierzu innenpolitische, internationale und ideengeschichtliche Aspekte anhand aktueller Problemfelder.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de

Nomos

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2009-1-149
Generiert durch IP '3.133.145.168', am 12.10.2024, 05:17:14.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.